Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Grundzeile (Zim. Messe 14) oder deren Raum 120 Pfg., örtliche Anzeigen 80 Pfg. Im Textteil (Zim. Messe 14) 250 Pfg., die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3gespaltene Zeile 150 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 143. **Mittwoch, den 22. Juni 1921.** **75. Jahrgang.**

Kabinettssitzung über Oberschlesien.

Berlin, 21. Juni. (Drahtber.) Nach der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, die sich mit Oberschlesien befaßte, fand eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern ebenfalls über die oberschlesische Frage statt. Die Beratung der Interpellation über Oberschlesien dürfte erst am Mittwoch erfolgen. Für die Regierung wird laut „Voss. Ztg." der Reichsminister des Äußern Dr. Rosen sprechen.

Bis jetzt drei Milliarden Mark Schaden.

Oppeln, 21. Juni. (Drahtber.) Nach amtlichen Feststellungen der zuständigen Handelskammer beläuft sich der bis jetzt durch den Insurgentenaufstand hervorgerufene Schaden auf mindestens drei Milliarden Mark und erreicht besonders im Industriegebiet täglich eine Höhe von 20 bis 30 Millionen Mark.

Wie der „Lokalanz." meldet, ist fast die ganze Schiffahrt zwischen Stettin und dem schlesischen Industriegebiet stillgelegt. Von den etwa 2000 Kähnen liegen zwischen Kosel und Oppeln 1600 Kähne fest.

Entsetzliche polnische Grausamkeiten.

Berlin, 21. Juni. (Drahtber.) Wie dem „Lokalanz." aus Beuthen erneut bestätigt wird, nagelten die Polen die verwundeten Gefangenen an die Scheunentüren und Bäume, indem sie ihnen Nägel durch Füße und Hände und Holzspäne unter die Fingernägel schieben.

Bildung polnischer Ortswehren.

Berlin, 21. Juni. (Drahtber.) Blättermeldungen aus Oberschlesien zufolge bleiben auf Grund des Befehls Generals Le Rondo, dessen Gültigkeit mangels Zustimmung der gesamten interalliierten Kommission in Zweifel gezogen wird, überall in den von den Insurgenten geräumten Orten polnische Ortswehren zurück. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften haben in einem Telegramm an die Kommission gegen diese offensichtliche Legalisierung des Aufstandes Verwahrung eingelegt.

Der „Lokalanzeiger" meldet aus Kattowitz: Der polnische Stadtkommandant im nördlichen Stadtteil ließ mehrere deutsche Apobeamte entwaffnen und abführen, um Austauschgeiseln für ebensoviel polnische Apobeamte zu bekommen.

Ein neuer Räumungsplan.

Berlin, 21. Juni. (Drahtber.) Blättermeldungen aus Oppeln zufolge hat General Höfer gestern dem englischen General Hennecker den von dem Zwölferausschuß der deutschen Parteien ausgearbeiteten neuen Räumungsplan überreicht. In dem Plan wird betont, daß der Selbstschutz in dem Augenblick aufgelöst wird, wo eine Gewähr für Ruhe und Ordnung in Oberschlesien geboten ist.

Der Oberste Rat fällt die endgültige Entscheidung über Oberschlesien.

London, 20. Juni. (Drahtb.) Reuter meldet aus Paris: Bei den Beratungen zwischen Lord Curzon und Briand über Oberschlesien sei klar zum Ausdruck gebracht worden, daß der Oberste Rat auf jeden Fall die endgültige Entscheidung treffen werde.

Im Unterhause bemerkte Lloyd George, es sei nicht wünschenswert, augenblicklich eine Erklärung über die oberschlesische Frage abzugeben. Auf eine Anfrage, ob die Gebiete, aus welchen sich die regulären deutschen Truppen zurückgezogen haben, in die Hände der polnischen Insurgenten gefallen seien, antwortete Lloyd George, er sei darauf hingewiesen worden, und er glaube, daß diese Hinweise vollkommen richtig seien.

London, 20. Juni. (Drahtb.) „Manchester Guardian" meldet aus Oppeln: Wenn die Franzosen ihre Politik der Begünstigung der polnischen Insurgenten fortsetzen, um den Aufstand zu verlängern, dann könne es zu einem ernstlichen Bruch in der Interalliierten Kommission kommen. Die Geduld der britischen Mitglieder sei zu Ende. Es sei nötig, daß England wieder einen größeren Einfluß in der Kommission gewinne, oder eine unabhängige Aktion ergreife.

160 Milliarden Gesamtausgaben des Reiches im Jahre 1921.

Berlin, 21. Juni. (Drahtb.) Der Berichterstatter zum Hauptetat im Reichsrat hob hervor, die Erwartung habe sich nicht erfüllt, daß der Nachtragsetat Ersparnisse bringen werde. Er bringe vielmehr Mehrausgaben von insgesamt 17,7 Milliarden. Die Gesamtausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung im Jahre 1921 steigen durch den Nachtrag auf

108,3 Milliarden Mark.

Das Gleichgewicht im ordentlichen Etat sollen erst die Mehrerträge der neuen Steuern bringen, die noch zu beschließen sind. Insgesamt wird das Reich, nachdem die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts auf 16,2 Milliarden gestiegen sind, einen Kredit von 49,3 Milliarden in Anspruch nehmen müssen. Durch die Annahme des Ultimatums werden zunächst zusammen 31½ Milliarden Goldmark gleich rund 53 Milliarden Papiermark erforderlich. Nach Schätzung von Sachverständigen übersteigt der Wert unserer Einfuhr heute den unserer Ausfuhr um mindestens 2 Milliarden Goldmark, die erst durch eine Ausfuhrsteigerung ausgeglichen werden müssen, bevor unsere Ausfuhrlieferungen den Reparationsleistungen zugute kommen können. Sollen die Reparationsleistungen erfüllt werden, so beträgt der Jahresbedarf 106 Milliarden Papiermark, dazu kommt der gesamte Fehlbetrag für 1921 mit 53,5 Milliarden. Unter Hinzurechnung des Fehlbedarfs des außerordentlichen Etats, vorausgesetzt, daß der Kursstand der Mark sich nicht ändert, müßte also für

159,9 Milliarden

Deckung gesucht werden. Der Reichsrat nahm noch den Gesetzentwurf über die Lohnsteuer an. Danach ist bei Einkommen unter 24 000 Mark die Steuer durch den Lohnabzug von 10 Prozent als getilgt anzusehen, und nur bei einem höheren Einkommen findet eine besondere Veranlagung statt. Die Verrechnung der eingehaltenen Beträge gegenüber der endgültigen Steuer erfolgt später.

•

Diese grauenerregenden amtlichen Ziffern stehen in einem merkwürdigen Gegensatz zu der optimistischen Kanzlerrede in Essen.

Deutscher Reichstag.

Der Entwurf über die deutsch-chinesischen Friedensabmachungen geht an den Auswärtigen Ausschuß.

Das Haus setzt sodann die Beratung der Interpellation Gareis fort.

Abg. **Bazille** (Deutschnat.) betont, solange die Untersuchung noch bei der Polizei ist und der gerichtlichen Aufklärung harre, liege bei der Fülle des Materials, das dem Reichstag ohnehin obliege, kein Anlaß vor, sich jetzt schon damit zu befassen. Was aber hat die Reichsregierung dazu bestimmt, in einem Augenblick, wo Oberschlesien und die Rheinlande zur Entscheidung drängen, gerade dieser Interpellation den Vorzug zu geben? Eine sachliche Forderung hat der Reichskanzler mit seiner Rede nicht erreicht. Zweck und Ziel der Unabhängigen ist auf dem Wiener internationalen Parteitag festgestellt worden: Eroberung der politischen Macht im Staate, und zwar auf dem Wege einer proletarischen Diktatur. (Hört, hört!) Diese Zwecke beleuchten auch die Ziele der Interpellation. Der Reichskanzler hat dieses Licht nicht leuchten sehen. Deshalb muß ihm die Opposition die Augen öffnen. Schon am Tage nach dem Mord ging in Berlin das Geschrei los, daß es sich um eine nationalistische Tat handle und daß in München die Mörderzentrale sich rühre. Was hätte wohl die Linke gesagt, wenn die nationalen Parteien ihr die Schuld an dem Attentat auf den Herzog Albrecht von Württemberg zugeschoben hätten? Was hat die Reichsregierung veranlassen können, dieser Interpellation den Vorzug zu geben vor den Interpellationen über Oberschlesien und das besetzte Rheinland? Das Ziel der Unabhängigen ist die Diktatur des Proletariats, auch die Interpellation dient diesem Ziel. Die Interpellanten zeigen kein Verständnis für die Gefühle derjenigen, die in Deutschlands Entwaffnung die größte Schmach erblicken. Wie können sich die Unabhängigen als Gralshüter der Verfassung aufspielen, sie, die Hochverräter des 9. November? (Lachen links. Abg. Hoffmann (Kom.): Das ist ja der reine Heiterkeitsbazillus. Große Heiterkeit.) Am vielen Lachen erkennt man den Narren. Die Interpellation dient nur parteipolitischen Zwecken. Das ist nichts Ungewöhnliches, aber ungewöhnlich ist, daß sich ein bürgerlich-christlicher Reichskanzler gefunden hat, der die Ziele einer Partei fördert, die den Umsturz des Staates und der Religion anstrebte. Der Reichskanzler hätte die Pflicht gehabt, die Erledigung der Interpellation zurückzuweisen. Wenn der Reichskanzler die Verwilderung der politischen Sitten beseitigen will, dann sollte er im eigenen Hause anfangen. Der Reichskanzler hatte kein Wort der Abwehr, als Abgeordneter Unterleitner den General Ludendorff zum „deutschnationalen Gesindel" rechnete. Ein Volk hebt sich durch Ehrung seiner großen Männer und Ludendorffs Name wird noch nach Jahrtausenden hell das Zwerggeschlecht seiner Widersacher überstrahlen. (Gelächter links. Rufe bei den Kommunisten: Der Massenmörder!) Mit heißer Liebe hängen wir Süddeutschen an unserem deutschen Vaterland und werden nie davon lassen. Die Zukunft unseres Volkes unter der Führung dieses Reichskanzlers kann man nicht düster genug ansehen. (Beifall rechts und Gelächter links.)

Abg. **v. Schoch** (Deutsche Vp.): Mir ist die heitere Stimmung der Linken nicht recht verständlich bei einer so ernsten Sache. (Sehr wahr! rechts.) Wir verurteilen den verwerflichen Mord auf das allerschärfste. Wir rücken ab von einer politischen Kampfesweise, die zum Faustrecht führt. Wir verurteilen die in Bayern aufgekommene Methode, politischen Gegnern nach Versammlungen aufzulauern. Es muß schlecht um eine Sache stehen, die nur mit Gummiknüppeln oder Revolvern verteidigt werden kann. Wir verurteilen es auch, daß in einem Teil der bayrischen nationalen Presse Töne laut werden, die die Staatsautorität gefährden und einen Gegensatz zwischen Nord und Süd erzeugen kann. Aber alles das ist nur ein schwacher Abglanz der terroristischen Akte von links, wie sie in Rußland üblich sind und hier von Leuten wie Dittmann verteidigt werden. Ihre Presse (nach links) verherrlicht Hölz als Nationalhelden. (Lauter Widerspruch bei den Unabhängigen. Abg. **Mittwoch** (U. Soz.) ruft: Lügen Sie doch nicht so! Er wird deswegen vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen. Abg. **Ledebour** ruft: Wie können Sie unsere Presse so falsch verdächtigen?) Die Interpellation behauptet ohne den geringsten Beweis, daß der Mörder von monarchischer Seite angestiftet worden sei. Die Regierung und Polizei haben alles zur Aufklärung getan; die Behauptungen über eine Mitschuld der bayrischen Regierung sind nichts als Seifenblasen. Wir Bayern haben das größte Interesse daran, daß der Mörder, dieser feige Wicht, seiner Strafe nicht entgeht. Die fortgesetzten Drohungen gegen Bayern können die im Gange befindliche Entwaffnung nicht beschleunigen. Die Einwohnerwehren sind Ihnen (nach links) nur deshalb ein Dorn im Auge, weil Offiziere und Arbeiter dort Hand in Hand arbeiten. (Abg. **Peine** (Soz.) ruft: Reden Sie doch nicht so dummes Zeug. Er wird deswegen vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen.) Die Mehrheit des bayrischen Volkes steht hinter der Regierung Kahr.

Abg. **Hamm** (Dem.) führt aus: Man kann die bayrischen Verhältnisse nur dann recht verstehen, wenn man, wie die bayrische Regierung, gegen die Gefährdung der Ordnung links zu kämpfen gehabt hat. Dann erkennt man den bayrischen Wunsch nach Ruhe und Ordnung an als nicht reaktionär, sondern als sehr verständlich. In Bayern war die Revolution volksfremder und unwürdiger als irgendwo in Deutschland, und darum ist der Haß des Volkes gegen die umstürzlerischen Elemente besonders tief. Auch sei im Reich nicht immer der Gefühlston vorhanden, den Bayern erwartete. Nicht zu rechtfertigen aber ist die plumpe Hetze, die jetzt gegen das Reich getrieben werde. Unbildung, Herzlosigkeit und Roheit sind am Werk und vergessen ganz, daß dieses Reich doch unser Reich ist. Der Geist dieser Hetzblätter ist aber absolut unbayerisch. Hamm schloß mit einer ernsten Mahnung an die Rechte, daß sie fernerhin solche Exzesse nicht dulden möge, und an die Linke, daß sie Volksfreiheit und Staatsordnung achte, nur so komme man zur Versöhnung, an der alle, die guten Willens sind, mitarbeiten müßten.

Nun folgte der Kommunist Remmele, dessen Worte erfreulicherweise sanfter sind als seine Fäuste, und der vor einem leeren Hause sprach.

In später Stunde sprachen noch die Abgg. **Pfeiffer** (Z.), **Eisenberger** (Bayr. Bauernbund) und **Sollmann** (Unabh.). Gegen 8 Uhr vertagte sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr.

Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags.

Der Abg. Kahl (Deutsche Vp.) hat folgenden Antrag für die Geschäftsordnung des Reichstages eingebracht: Ein